



Flüchtlingsrat Brandenburg
Eisenhartstr.13
14469 Potsdam
Tel./ Fax: 0331-716499

**Informationsrundbrief des Flüchtlingsrats
Brandenburg**

info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10 000, BLZ: 160 500 00

Protokoll der Sitzung des FR vom 25.04.2007
Infodienst von April bis Mai 2007

TOPs:

- 1. Blitzlicht**
- 2. Bericht von den Veranstaltungen zum Bleiberecht**
- 3. Petition von Flüchtlingen aus Forst**
- 4. Denkmittel**

1. Blitzlicht

- Es wird von einem Fall in Prenzlau berichtet, wo die Ausländerbehörde einem Flüchtling einen Urlaubsschein verweigert, weil er bei der Passbeschaffung nicht genügend mitwirke. Sind ähnliche Schikanen aus anderen Landkreisen bekannt?
- Steffen Meier von Kontraste (RBB) ist daran interessiert Menschen zu finden und zu interviewen, die aus der Bleiberechtsregelung wegen der verschiedenen Ausschlusskriterien herausfallen. Bitte beim FR melden.
- Das Hedwig-Bollhagen-Gymnasium aus Velten will „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ werden. In diesem Rahmen planen SchülerInnen für den 10.7.einen Projekttag zum Thema Rassismus zu dem der FR für einen Workshop zu Flucht und Asyl durchführen wird.
- Residenzpflicht: die Polizei in ganz Brandenburg scheint im Moment wieder verstärkt gegen Residenzpflicht-„verletzungen“ vorzugehen. Es gibt einige Journalisten, die dem auf den Grund gehen wollen.
- Inzwischen ist wieder ein Bericht des CPT zur Situation in Deutschland erschienen. Dieser ist über den FR zu erhalten bzw. über die Homepage <http://www.cpt.coe.int/german.htm>.

2. Bericht von den Veranstaltungen zum Bleiberecht

Es haben inzwischen die Informationsveranstaltungen zum Bleiberecht vom Flüchtlingsrat in Frankfurt/Oder, Strausberg, Senftenberg, Forst, Neuruppin und Prenzlau stattgefunden. Bis auf FFO waren alle relativ gut besucht. RA Felix Isensee referierte bei den Veranstaltungen (nur in Neuruppin führte RAIn Frauke Steuber die Veranstaltung durch). Es gab zunächst einen ausführlichen Überblick über die gesetzlichen Regelungen des Bleiberechts. Anschließend wurde auf detailliertere Fragen zu Einzelfällen eingegangen. Insgesamt haben die Veranstaltungen gezeigt, dass noch ein relativ großes Bedürfnis nach zusätzlichen und unabhängigen Informationen bestand. Es besteht die Möglichkeit, dass der FR noch weitere Veranstaltungen organisiert. Es gab außerdem Informationen über mehrere Fälle, in denen die Arbeitsagentur eine beantragte Arbeitserlaubnis abgelehnt hat, z.T. weil der ausgehandelte Stundenlohn nur 0,40 € unter dem offiziellen Tariflohn lag. Der FR aber auch das Büro der Arbeitsplatzkampagne (www.arbeitsplatzkampagne.de) sammeln derartige Fälle um der Forderung nach einer großzügigen Auslegung der Bleiberechtsregelung Nachdruck zu verleihen.

3. Petition von Flüchtlingen aus Forst

(s.a. Protokoll v. 28.2.). Mittlerweile gab es Kontakte zu den Flüchtlingen aus Forst, die die Petition unterschrieben haben. Diese sind aber so eingeschüchtert und verängstigt, dass sie zur Zeit nicht wollen, dass sich mehrere Organisationen in dieser Angelegenheit engagieren. Zur Zeit arbeitet die Flüchtlingsinitiative Brandenburg an dem Fall und hält den FR auf dem Laufenden. Entstanden ist diese Petition, nach Informationen aus der Ausländerbehörde, als Reaktion auf verstärkte Bemühungen der Ausländerbehörde Botschaftsanhörungen oder Vorführungen durchzuführen, um Papiere für Abschiebungen zu erlangen.

4. Denkkzettel

Zur Denkkzettelverleihung gab es einige Pressemitteilungen (beim FR abzurufen). Gemeinsam mit einer Brandenburgerin hat der FR eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Amtsarzt eingelegt, diese wurde allerdings als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Erst nach dieser Entscheidung hatte der FR die Gelegenheit zur Dienstaufsichtsbeschwerde mündlich Stellung zu beziehen und die Fakten noch einmal detailliert vor zu bringen. Im Gespräch vom 14.05.07 mit der Oberbürgermeisterin wurde dem FR wiederholt mit einem Gerichtsverfahren gedroht, sollte er den Denkkzettel nicht in einer Presseerklärung neu formulieren. Wir werden berichten, wie sich die Sache weiter entwickelt.

Der Anhang:

- Infodienst
- Termine
- Bücher und Broschüren
- Rundbriefe anderer FRs und Gruppen
- Urteile
- Tipps und Sonstiges
- Brandenburg Live
- Pro Asyl Infomappe

Infodienst: Neues von April bis Mai 2007

LÄNDERINFOS:

PRO ASYL PE 27. April 2007: Rhein-Main-Flughafen Frankfurt: Gefährliche Abschiebungen nach Sri Lanka. Lagebericht des Auswärtigen Amtes sieht erhebliche Risiken für Abgeschobene. PRO ASYL fordert Abschiebungsstopp. Am Mittwoch dieser Woche wurden vom Flughafen Frankfurt aus zwei Personen nach Colombo (Sri Lanka) abgeschoben. Ein ad-hoc-Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 31. Januar 2007 bewertet die Sicherheitslage als hoch riskant. PRO ASYL kritisiert, dass bislang Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland die notwendigen Konsequenzen aus der veränderten Sicherheitslage in Sri Lanka gezogen hat und fordert einen bundesweiten Abschiebungsstopp. Ausführliche PE unter www.proasyl.de

Pro Asyl PE 10. Mai 2007: Bundesinnenminister empfiehlt Teilabschiebungsstopp nach Sri Lanka. PRO ASYL: spät und unzureichend. Mit Schreiben vom 8. Mai 2007 an die Innenministerien der Länder hat das Bundesinnenministerium endlich einen teilweisen Abschiebungsstopp nach Sri Lanka empfohlen. Das BMI bezieht sich auf die Berichte des Auswärtigen Amtes sowie Ergebnisse der Erkundungsreise eines Mitarbeiters des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge Ende April. Beide Quellen berichten über eine seit Ende letzten Jahres wesentlich verschlechterte Lage, nicht nur im Norden und Osten Sri Lankas, sondern auch in den von der Regierung kontrollierten Gebieten einschließlich Colombos. Die Innenministerien der Länder sind nicht gehindert, zunächst einen weitergehenden Abschiebungsstopp - ohne die genannte Ausnahmeregelung - zu verhängen. Ausführliche PE unter www.proasyl.de

UNHCR zur IMK: Irak, Sri Lanka, Tschetschenien: Berlin (ots) - Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) wendet sich gegen Abschiebungen in den Irak. Die UN-Organisation setzt sich zudem für einen Abschiebestopp zugunsten von Tamilen aus dem Norden und Osten Sri Lankas sowie von Tschetschenen ein.

Unmittelbar vor Beginn der Innenministerkonferenz (IMK) appelliert der UNHCR-Regionalvertreter für Deutschland, Österreich und die Tschechische Republik Gottfried Köfner an die politisch Verantwortlichen, den derzeit bestehenden faktischen Abschiebestopp für Iraker aus dem Zentral- und Südirak aufrecht zu erhalten - einschließlich der überwiegend kurdisch besiedelten Provinzen Diyala, Kirkuk und Mosul, deren rechtlicher Status noch immer ungeklärt ist. Die Sicherheitslage sei dort durch "allgegenwärtige, extreme Gewalt, signifikante Instabilität und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet".

Grundsätzlich spreche sich UNHCR zudem dafür aus, auch abgelehnten Asylbewerbern aus dem kurdisch verwalteten Nordirak aus humanitären Gründen den weiteren Aufenthalt im Asylland zu ermöglichen. Köfner betonte, auch für Personen aus dem Nordirak komme eine Rückkehr regelmäßig nicht in Betracht. Sollte im Einzelfall dennoch die Rückführung von Personen in den Nordirak in Betracht gezogen werden, müsse sichergestellt sein, dass die Betroffenen unter keinem Gesichtspunkt

schutzbedürftig seien und vor Ort durch die Familie bzw. der Aufnahmegemeinde reintegriert werden könnten.

Der UNHCR-Vertreter forderte zudem die Länderinnenminister auf, die Initiative des Bundesinnenministers zu unterstützen und Abschiebungen von Tamilen aus dem Norden und Osten Sri Lankas auszusetzen. Die allgemeine Sicherheits- und Menschenrechtslage sowie die humanitäre Situation habe sich dort dramatisch verschlechtert. Überdies hätten die wiederaufgeflamten Kampfhandlungen zu neuerlichen Vertreibungen in großem Umfang geführt. Insgesamt seien nun über 500.000 Menschen in Sri Lanka auf der Flucht.

Köfner begrüßte mit Blick auf tschetschenische Flüchtlinge, dass eine Reihe von Bundesländern derzeit von der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber absehe. Im Interesse der Rechtssicherheit der Betroffenen sei es jedoch wünschenswert, wenn sich die Innenminister auf einen formalen Abschiebestopp zugunsten von Tschetschenen einigen würden.

DUBLIN und EUROPA

PRO ASYL PE 26. April 2007: Heute im Bundestag: **Gesetz zur Umsetzung von asyl- und aufenthaltsrechtlichen EU-Richtlinien** PRO ASYL appelliert an Bundestag: Schäubles Verschärfungskatalog stoppen. Der Bundestag befasst sich heute in erster Lesung mit Verschärfungen des Ausländer- und Flüchtlingsrechts. Was als notwendige Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union daher kommt, ist in Wirklichkeit ein Potpourri von Restriktionen, die mit den Richtlinien überwiegend nichts zu tun haben. Das Gesetzpaket aus dem Hause Schäuble ist ein umfassender Verschärfungskatalog. Flickschusterei im Flüchtlingsrecht; Weniger Rechtsschutz - mehr Haft; Auch beim Thema Bleiberecht wird das Ziel verfehlt; auch künftig Kettenduldungen; Hürden auch noch vor der Einbürgerung; Mehr Ausgrenzung; Soziale Selektion beim Ehegattennachzug; Organisierte Kinderfeindlichkeit. Ausführliche PE unter www.proasyl.de

Pro Asyl, PE, 4. Juni 2007 **Malta verweigert selbst toten Flüchtlingen die Einreise PRO ASYL fordert Sanktionen der EU und einen umfassenden Rettungsplan** Malta schaut zu, wie Flüchtlinge drei Tage lang in einem Thunfischnetz um ihr Leben kämpfen, verweigert Schiffen mit geretteten Flüchtlingen die Einfahrt, inhaftiert systematisch Flüchtlinge und Migranten. Am Wochenende verweigerte Malta gar dem französischen Kriegsschiff "Motte-Picquet", das tote Flüchtlinge geborgen hatte, die Anlandung.

PRO ASYL erwartet von der EU-Kommission und der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein entschiedenes Vorgehen angesichts der menschenverachtenden Politik Maltas. Die EU muss ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten bis hin zur Aussetzung des Stimmrechtes. PRO ASYL fordert die EU-Kommission und die deutsche EU-Ratspräsidentschaft auf, einen umfassenden Rettungsplan für Flüchtlinge vorzulegen.

ZUWANDERUNGSGESETZ-SOZIALES/ARBEIT/AUFENTHALTSGESETZ...

Der "Leitfaden für Flüchtlinge" in Niedersachsen ist unter <http://www.nds-fluerat.org/infomaterial/leitfaden-fuer-fluechtlinge/> mittlerweile auch über die Homepage des Flüchtlingsrats NDS abrufbar und kann von dort als pdf-Version heruntergeladen und ausgedruckt werden. Eine layoutete und gedruckte Fassung werden sie zu einem späteren Zeitpunkt vorlegen, wenn das laufende Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist.

BLEIBERECHT

- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: **Antwort des IM B-W zu einer Anfrage in Sachen Umsetzung der Bleiberechtsregelung.** Daraus ergibt sich eine Erledigungsquote im Verhältnis zu den Anträgen von etwas mehr als 10%. Bezeichnet man die Duldung zur Arbeitsplatzsuche bereits als positives Ergebnis, so sind dies knapp 10% der Antragsteller, die bislang von der Bleiberechtsregelung profitieren. Die Ablehnungsquote beläuft sich auf 2%, der größte Anteil machen aber die noch nicht abgearbeiteten Anträge von ca. 88% aus. Geht man von ungefähr 25.000 Geduldeten aus - davon ca. 10.000, die sich bereits mehr als 10 Jahre in Ba-Wü aufhalten - dann haben mit 7.473 Personen bislang erst knapp ein Drittel der Geduldeten überhaupt einen Antrag auf Bleiberecht gestellt.
- Classen (Mai 07): Ein **Bericht des BMI zeigt eine katastrophale Bilanz beim Bleiberecht:** Viele Flüchtlinge haben noch keine Duldung zur Arbeitssuche beantragt, bzw. wurden offenbar nicht entsprechend informiert. Bisher wurden sehr wenige Aufenthaltserlaubnisse erteilt: Es gab 58.000 Anträge aber erst 4.500 Aufenthaltserlaubnisse und bereits 3400 Ablehnungen. Der Bericht ist z.B. einzusehen unter: http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Bericht_BMI_Bleiberecht.pdf
- Rolf Stahmann: Das IM Brandenburg hat den Bleiberechtserlass heute dahingehend geändert, dass die Arbeitsagenturen - im Hinblick auf den Erlass der Agentur für Arbeit vom 26.04.2007 - überhaupt nicht mehr zu beteiligen sind. Der geänderte Erlass wird in den nächsten Tagen veröffentlicht. In Problemfällen kann das IM dieses bestätigen.

- Ein Rechtsgutachten von RA Kabis/Dortmund gibt hilfreiche Hinweise zum Problem der Passlosigkeit und Identitätstäuschung beim Bleiberecht http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Bleiberecht_Pass_Identitaet.pdf

ABSCHIEBUNG/ABSCHIEBUNGSHAFT

Hessischer Flüchtlingsrat: Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage zu Abschiebungen aus Deutschland im Jahr 2006. Danach wurden 13060 Personen auf dem Luftweg abgeschoben, knapp die Hälfte davon über Frankfurt a.M. Etwa 40% der Abschiebungen fanden in Begleitung von Sicherheitspersonal statt: 2483 Abschiebungen wurden durch deutsche Polizeibeamter begleitet; 2394 Abschiebungen wurden durch Sicherheitspersonal der Fluggesellschaften begleitet; 678 Abschiebungen wurden durch Sicherheitsbeamte der Zielländer begleitet; 235 Abschiebungen wurden von medizinischem Personal begleitet. Aufgrund von Widerstandshandlungen der Abzuschiebenden wurden 301 Abschiebungen abgebrochen, wegen medizinischer Bedenken 76. Die wichtigsten Zielländer der Abschiebungen waren: Serbien -Montenegro, Türkei, Vietnam, Rumänien, Bulgarien, Ukraine, Algerien, Nigeria, Mazedonien, Russische Föderation, Albanien, Georgien, Marokko, Bosnien-Herz. Das vollständige Dokument im Internet: http://www.ulla-jelpke.de/uploads/1604724_Abschiebungen2006.pdf

DIVERSES

- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein/ lifeline PE vom 04.04.2007: zum 15. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention: Verein LIFELINE unterstützt die Pro Asyl-Forderung nach Rücknahme der deutschen Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention. Die weiter bestehende Vorbehaltserklärung Deutschlands gegen eine vollständige Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention schafft auch für Kinderflüchtlinge in Schleswig-Holstein zahlreiche Lücken, die für die jungen Menschen Zukunft und Perspektivenentwicklung nachhaltig behindern. Kinder- und Jugendschutz gelten gegenüber dem Asyl- und Ausländerrecht weiterhin als nachrangig. Nicht selten besteht aber bei den im Bundesland ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, nachdem sie Kriegsgewalt oder anderen Überlebensnöten entkommen sind, ein besonderer Betreuungsbedarf. Der Offene Brief von Pro Asyl an die Bundeskanzlerin ist auf der Homepage www.proasyl.de einzusehen.
- Bundesministerium der Justiz: 16.-18. Bericht der BRD nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung der Bericht kann beim Flüchtlingsrat abgerufen werden (Compi: Rassismus)

Bücher und Broschüren

FriedensForum 2/07, Zeitschrift der Friedensbewegung: Auf nach Heiligendamm! G8-Protest gegen kapitalistische Globalisierung & die Raketenabwehr und die NATO & Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition! & Bundeswehr bekämpft den Rechtsstaat

Amnesty international, Asyl-Info 4/07: zur geplanten Umsetzung der EU-Richtlinien; Aufstockung von Frontex, Ansturm Irakischer Flüchtlinge

Amnesty international, Asylmagazin 4/07: Schwerpunkt: Christen im Iran

Amnesty international, Asyl-Info 5/07: zur Verschärfung ZuwG, Identifizierung durch Botschaften, 15 Jahre UN-Kinderrechtskonvention, Forderung nach Aufnahme irakischer Flüchtlinge

Amnesty international, Asylmagazin 4/07: zu Umverteilung von geduldeten Flüchtlingen, Abschiebungsschutz Äthiopien wegen HIV-Infektion, Eritrea, Iran, Kosovo, Türkei, ... zusätzliche Beilage zum Asylmagazin: Europäisches Asyl- und Menschenrecht

FR Niedersachsen: „Wir wollen leben, wie Menschen es verdient haben!“ Flüchtlinge im Portrait Die neue Härtefallkommission in Niedersachsen; Vorläufige Arbeitshilfe für Härtefalleingaben der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen.

Urteile

"OLG Oldenburg", veröffentlicht am 26.02.2007, Auch eine einstweilige Freiheitsentziehung bedarf einer hinreichenden Begründung - formelhafte Wendungen/ Wiederholung des Gesetzeswortlauts reichen nicht und machen die Haft rechtswidrig

Oberlandesgericht Oldenburg, veröffentlicht am 19.03.2007, Zuständigkeit des erstmals haftanordnenden Gerichts für eine Entscheidung über die der Haft vorausgegangene Ingewahrsamnahme- Abgabe an Amtsgericht des Haftorts nur zur Haftfortdauerentscheidung

"OLG Celle", veröffentlicht am 19.03.2007, Feststellung der Rechtswidrigkeit der Haft nach Erledigung nur nach Umstellung des Antrags - Verwerfung des Rechtsmittels als unzulässig aber erst nach Rücksprache mit dem Betroffenen(vertreter)

Bundesregierung, veröffentlicht am 28.03.2007, Kabinettsentwurf zum gesetzlichen Bleiberecht (Stand 28.03.2007)

Bundesregierung, veröffentlicht am 28.03.2007, **Reparaturgesetz zum Zuwanderungsgesetz - Kabinettsentwurf - Stand 28.03.2007**

veröffentlicht am 01.03.2007, **Fürsorgeleistungen und Aufenthaltsrecht. Artikel von RA Phillipsohn in ZAR 5/2007**

kamerunische Botschaft, veröffentlicht am 15.03.2007, **kamerunische Botschaft stellt derzeit keine Reisepässe aus (Stand 15.03.2007)**

Bundesministerium des Innern, veröffentlicht am 06.03.2007, **Versagung der Anerkennung von Reisepässen der Serie "S" der Republik Irak**

Georg Classen, veröffentlicht am 30.03.2007, **Urteilssammlung zur Sicherung des Lebensunterhalts**

Bundesregierung; veröffentlicht am 07.03.2007; Aktenzeichen Ds. 16/4543; **Entwicklung der Einbürgerungszahlen nach Reform 2006 (Kleine Anfrage)**

Bundesregierung; veröffentlicht am 20.03.2007; Aktenzeichen Ds. 16/4723; **Beteiligung ausländischer Delegationen an Verfahren zur Identitätsfeststellung in Asyl- bzw. Abschiebungsverfahren (Kleine Anfrage), insb. Bevollmächtigung der Delegationen**

Bundesagentur für Arbeit; veröffentlicht am 01.03.2007; **Durchführungsanweisungen der BA zum Aufenthaltsgesetz**

Bundesagentur für Arbeit; veröffentlicht am 01.03.2007; **Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit zur Beschäftigungsverordnung**

Bundesagentur für Arbeit; veröffentlicht am 01.03.2007; **Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit zur Beschäftigungsverfahrensverordnung**

Landgericht Leipzig; veröffentlicht am 13.12.2006; Aktenzeichen 12 T 54/06; FEV: wenn das Alter nicht eindeutig feststellbar ist, so hat die Behörde im Zweifel von Minderjährigkeit auszugehen. **Haft dann nur eingeschränkt rechtmäßig**

Verwaltungsgericht Halle; veröffentlicht am 24.03.2006; Aktenzeichen 1 A 176/06 HAL; [Höhe der AHaftkosten - VG Halle\(PKH\).pdf](#)

Bundesagentur für Arbeit; veröffentlicht am 01.03.2007; **Durchführungsanweisungen der BA zum Aufenthaltsgesetz**

Bundesagentur für Arbeit; veröffentlicht am 01.03.2007; **Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit zur Beschäftigungsverordnung**

Bundesagentur für Arbeit; veröffentlicht am 01.03.2007; **Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit zur Beschäftigungsverfahrensverordnung**

Landgericht Leipzig; veröffentlicht am 13.12.2006; Aktenzeichen 12 T 54/06; FEV: wenn das Alter nicht eindeutig feststellbar ist, so hat die Behörde im Zweifel von Minderjährigkeit auszugehen. **Haft dann nur eingeschränkt rechtmäßig**

Senatsverwaltung für Inneres Berlin; veröffentlicht am 04.04.2007; Aktenzeichen I B 2 - 0345/23; **Abschiebungsstopp des Landes Berlin nach § 60 a I 1 AufenthG für Personen, die unter den Entwurf des § 104 a und 104 b des 2.ÄndG (gesetzliche Bleiberechtsregelung) zum ZuwanderungsG fallen**

BMFSFJ; veröffentlicht am 18.12.2006; **Richtlinie zum Elterngeld vom 18.12.06**

BSG; veröffentlicht am 08.02.2007; Aktenzeichen B 9b AY 1/06 R; **Keine Leistungen nach § 2 AsylbLG, wenn freiwillige Ausreise möglich und zumutbar ist. Für die Zumutbarkeit gilt nicht der strenge Maßstab des § 60 VII AufenthG, Unzumutbarkeit z.B. auch bei langem Aufenthalt und bei Integration hier aufgewachsener Kinder**

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; veröffentlicht am 01.04.2007; **Das BAMF will o.u. Ablehnungen bei Fällen der Antragsfiktion (14a, 30 III Nr.7) aufheben, wenn Abänderungsinteresse vorgetragen wird (z.B. Aussicht auf die Erteilung Aufenthaltserlaubnis). Von Amts wegen wird nichts aufgehoben.**

LG Berlin; veröffentlicht am 05.03.2007; Aktenzeichen 84 T 72/07 B; **Zurückschiebungshaft ist nach Ablauf der Vierwochenfrist des § 14 III S.3 AsylVfG rechtswidrig**

VG Berlin; veröffentlicht am 14.03.2007; Aktenzeichen VG 25 A 142.05; **erforderliche Ermessenserwägungen bei Ausweisung wegen Identitätstäuschung (Terminsprotokoll und Vermerk des Einsenders)**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO); veröffentlicht am 20.04.2007; **zum Nachweis der Lebensunterhaltssicherung im Einreiseverfahren wird Prüfbericht eines Steuerberaters verlangt**

LG Stendal; veröffentlicht am 20.04.2007; Aktenzeichen 25 T 44/07; **Festnahme eines geduldeten Ausländers durch die Ausländerbehörde ohne Haftbeschluss bei angeordneter Vorsprache rechtswidrig (anschließende Freiheitsentziehung aber nicht)**

BverfG; veröffentlicht am 29.03.2007; Aktenzeichen 2 BvR 1977/06; **Rechtsschutzanspruch ist umso stärker, je mehr die Maßnahme der Verwaltung "Unabänderliches" bewirkt -Daraus, dass ein ASt. versucht, seinen Aufenthalt zu sichern, lässt sich mangelndes Interesse an verantwortungsv. Umgang mit Kindern nicht herleiten**

VG Berlin; veröffentlicht am 27.02.2007; Aktenzeichen VG 1 X 30.05; **Geschlechtsspezifische Verfolgung aufgrund drohender Zwangsheirat in Guinea; Vorverfolgung durch Beschneidung; keine inländische Fluchtalternative**

LG Freiburg; veröffentlicht am 05.08.2004; Aktenzeichen 1 O 441/04; **LG Freiburg gewährt 15.000 EUR Schadenersatz für 6-wöchige rechtswidrige Freiheitsentziehung (hier: Untersuchungshaft) - Argumentationshilfe gegen Haftentschädigung in Höhe von 11 EUR pro Tag analog StREG**

VG Hamburg; veröffentlicht am 02.05.2007; Aktenzeichen 19 E 1081/07; **Abschiebeschutz für Hindus aus Afghanistan wegen Sicherheitslage im Herkunftsstaat**

OVG NRW; veröffentlicht am 02.05.2007; Aktenzeichen 8 A 5118/05.A; **§60 Abs. 8 S.2 AufenthG ist in Anlehnung der Empfehlungen des UNHCR restriktiv auszulegen**

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO); veröffentlicht am 20.04.2007; **LABO Berlin erteilt keine AE nach § 23 I AufenthG "wegen des Krieges". Daraus ergibt sich mit AE nach § 23 I regelmäßig ein Anspruch auf ALG II statt AsylbLG, sowie auf Familienleistungen ohne den Nachweis einer Erwerbstätigkeit**

OLG München; veröffentlicht am 26.04.2007; Aktenzeichen 1 U 4787/05; **Entschädigung für rechtswidrige Abschiebungshaft: 20 EUR/Tag (gerichtlicher Vergleichsvorschlag)**

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof; veröffentlicht am 08.02.2007; Aktenzeichen 23 B 06.30866; **Grundsatzentscheidung zur Gruppenverfolgung von Christen im Irak**

Jesuiten Flüchtlingsdienst; veröffentlicht am 26.04.2007; **Richtlinien für die Kostenübernahme des Rechtshilfefonds des Jesuiten Flüchtlingsdienstes in Abschiebungshaftverfahren**

OVG Hamburg; veröffentlicht am 01.04.2007; Aktenzeichen 3 Bs 396/05; **rechtswidrige Ermittlungen einer Detektei zur Aufdeckung einer Scheinehe (GPS, Abhöranlage, 24-Stunden-Observation), S.16**

Botschaft von Kamerun; veröffentlicht am 27.02.2007; **Botschaft Kameruns kann derzeit keine Pässe ausstellen (weil sie keine mehr haben...)**

OVG Niedersachsen; veröffentlicht am 27.04.2007; Aktenzeichen 13 LA 22/07; **OVG bejaht zwar keine Gruppenverfolgung, hält aber Verfolgung grundsätzlich für möglich, ebenso fehlende inländische Fluchtalternative**

LSG Berlin-Brandenburg; veröffentlicht am 25.04.2007; Aktenzeichen L 19 B 116/07 AS ER; **Sozialleistungsausschluss greift nicht bei Unionsbürgern, die sich zur Arbeitsplatzsuche rechtmäßig in Deutschland aufhalten (Grundsatzentscheidung)**

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales; veröffentlicht am 05.04.2007; **Anerkennung eines sozialhilferechtlichen Härtefalls für junge Flüchtlinge in Ausbildung wg. erwarteter BAföG-Reform**

RA Kabis; veröffentlicht am 01.03.2007; **Anmerkungen zur Frage Passlosigkeit und Bleiberecht nach dem IMK-Beschluss**

OLG Nürnberg; veröffentlicht am 03.07.2006; Aktenzeichen 2 St OLG Ss 242/06; **unerlaubter Aufenthalt bei Passlosigkeit und "Freiwilligkeiterklärung" Iran**

Deutsches Institut für Menschenrechte; veröffentlicht am 09.05.2007; **Stellungnahme des Deutschen Instituts für Menschenrechte zu den geplanten Verschärfungen im 2.ÄndG**

OVG Berlin; veröffentlicht am 04.05.2007; Aktenzeichen OVG 2 N 61.07; **OVG weist Zulassungsantrag des BAMF gegen 33.Kammer des VG Berlin zurück**

Generalkonsulat Gambia; veröffentlicht am 01.04.2007; **Auskunft des Gambianischen Generalkonsulats über das Verfahren zur Ausstellung von Pässen für im Ausland lebende Gambianer**

VG Bremen; veröffentlicht am 26.03.2007; Aktenzeichen 4 K 82/06.A; **Abschiebungshindernis für Tamilen wegen Diabetes**

BFH; veröffentlicht am 15.03.2007; Aktenzeichen III R 93/03; **Geduldete haben keinen Anspruch auf Kindergeld**

Bundesministerium des Innern; veröffentlicht am 08.05.2007; Aktenzeichen M I 3 -125 242 LKA/0; **Empfehlung eines 3-monatigen Abschiebungsstopps für Sri Lanka durch das Bundesministeriums für Inneres für Tamilen aus dem Norden und Osten Sri Lankas**

UNHCR; veröffentlicht am 25.04.2007; **UNHCR Update zur Sicherheitslage in Afghanistan (Stand April 2007)**

OVG Berlin-Brandenburg; veröffentlicht am 23.08.2006; Aktenzeichen OVG 8 S 63.06; **kein Anwesenheitsrecht eines Bevollmächtigten bei Botschaftsvorführung**

VG Berlin; veröffentlicht am 11.07.2006; Aktenzeichen VG 15 A 218.06; **Anwesenheitsrecht eines Bevollmächtigten bei Botschaftsvorführung (aufgehoben)**

VG Berlin; veröffentlicht am 02.05.2007; Aktenzeichen 15 A 353.06; **Aufenthaltserlaubnis für sorgeberechtigten Vater eines deutschen Kindes ohne häusliche Gemeinschaft, trotz ID-Täuschung, trotz Ablehnung Asyl ou, trotz Freiheitsstrafe 1 Jahr 9 Monate und trotz Zweifel an biologischer Vaterschaft**

OVG Hamburg; veröffentlicht am 09.05.2007; Aktenzeichen 4 Bs 241/06; **Ein bei der sorgeberechtigten Oma aufgewachsener Türke, der nie eine Aufenthaltserlaubnis besaß ist nicht illegal, wenn er die Voraussetzungen des Art 7 ARB 1/80 erfüllt hat und ihm nach nationalem Recht keine AE erteilt wurde.**

LG Traunstein; veröffentlicht am 13.04.2007; Aktenzeichen 7 Ns 220 Js 7064/06; **Tagessatzhöhe bei Sachleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz 1 Euro**

SG Oldenburg; veröffentlicht am 27.03.2007; Aktenzeichen S 36 EG 6/06; **sozialrechtlicher Wiederherstellungsanspruch wegen fehlerhafter Beratung beim Erziehungsgeld, Anspruch trotz bestandskräftiger Ablehnungsbescheide**

- OLG Celle; veröffentlicht am 18.04.2007; Aktenzeichen 22 W 69/06; **Voraussetzungen der Abgabe des Haftverfahrens nach § 106 Abs. 2 AufenthG, Zuständigkeit des Gerichts**
- Bundesagentur für Arbeit; veröffentlicht am 26.04.2007; **Weisung der Bundesagentur für Arbeit zur Prüfung der Arbeitsbedingungen bei Begünstigten der Bleiberechtsregelung (IMK)**
- OLG Oldenburg; veröffentlicht am 05.04.2007; Aktenzeichen 13 W 28/07; **Ingewahrsamnahme auf Grund eines als Entwurf bezeichneten und unterschriebenen Beschlusses ist rechtswidrig**
- OLG Oldenburg; veröffentlicht am 05.04.2007; Aktenzeichen 13 W 27/07; **Anspruch auf Akteneinsicht in Passbeschaffungsvorgänge im Abschiebungshaftverfahren**
- OVG Berlin-Brandenburg; veröffentlicht am 18.05.2007; Aktenzeichen OVG 2 S 53.07; **Duldungsanspruch aufgrund familiärer Lebensgemeinschaft des ausländischen Vaters von ausländischen Kindern aufgrund einer (weiteren) Lebensgemeinschaft der Kindesmutter mit deutschem Kind - Überwiegen privater Interessen trotz zwingender Ausweisungsgründe, wenn Straftaten lange her sind**
- OLG Nürnberg: Das Urteil des OLG Nürnberg stellt u.a. fest, dass von Ausreisepflichtigen u.a. aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht verlangt werden darf, eine **Erklärung (Freiwilligkeit der Rückkehr)** abzugeben, von der der Erklärende weiß, dass sie falsch ist. Staatsangehörige, deren Länder eine Freiwilligkeitserklärung als Voraussetzung für die Ausstellung eines laissez passer oder eines Passes verlangen, verletzen ihre **Mitwirkungspflicht** also nicht, wenn sie eine solche falsche Erklärung nicht abgeben, weil sie nicht freiwillig zurückkehren wollen, d.h. sie haben Anspruch zumindest auf eine Duldung oder können z.B. unter die Bleiberechtsregelung fallen.
- KG Berlin; veröffentlicht am 03.05.2007; Aktenzeichen 1 W 407/06; **Anspruch auf Mehrvertretungsgebühr bei Beratungshilfe, wenn mehrere Familienangehörige vertreten werden (entgegen der bisherigen Rspr. des LG)**
- Botschaft Kamerun; veröffentlicht am 28.10.2006; **Überprüfung kamerunischer Personenstandsurkunden - Botschaftsauskunft**
- VG Stuttgart Urteil vom 21.5.2007, 4 K 2563/07: Dem subsidiären Schutz nach Art. 15 lit c. der Qualifikationsrichtlinie ist eine dem § 60 Abs. 7 AufenthG vergleichbare Differenzierung zwischen allgemeinen Gefahren und solchen nicht allgemeiner Art fremd. **Im Irak findet gegenwärtig ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt statt, der zur Gewährung subsidiären Schutzes verpflichtet.** Die Kläger haben einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 S. 1 AufenthG. Denn ihrer Abschiebung steht gegenwärtig in Bezug auf den Irak ein zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis (sog. Qualifikationsrichtlinie - QRL) entgegen. Insoweit kann offen bleiben, ob auch eine "extreme Gefahrenlage" im Sinne der ständigen Rechtsprechung des BVerwG vorliegt.
- Senatsverwaltung für Inneres Berlin; veröffentlicht am 15.12.2005; **Härtefallgruppen für Ausnahmen von der Unterhaltssicherung bei Einbürgerung**
- UNHCR; veröffentlicht am 01.06.2007; **Powerpoint-Präsentation des UNHCR zur Qualifikationsrichtlinie**
- **Rückführungsstopp von Begünstigten der neuen Bleiberechtsregelung. Innensenator Udo Nagel: Straftäter werden aber weiterhin konsequent abgeschoben** (02.04.07) Nach dem Beschluss des Bundeskabinetts hat Hamburgs Innensenator Udo Nagel am Montag angeordnet, diejenigen ausländischen Staatsangehörigen nicht zurückzuführen, die in einigen Monaten von der neuen gesetzlichen Bleiberechtsregelung begünstigt werden. Die Bleiberechtsregelung ist Gegenstand des am vergangenen Mittwoch von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurfs zur Reform des Zuwanderungsrechts. Danach sollen Geduldete, die sich am 1. Juli 2007 mindestens acht Jahre oder, falls sie in familiärer Lebensgemeinschaft mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern leben, seit sechs Jahren in Deutschland aufhalten, unter bestimmten Voraussetzungen ein zunächst bis zum 31. Dezember 2009 befristetes Aufenthaltsrecht und einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.
 - **Kein Kindergeld für ausländische Staatsangehörige, die sich ausländerrechtlich nur geduldet in Deutschland aufhalten** Urteil vom 15.03.07 III R 93/03 - BUNDESFINANZHOF
Ausländer, die sich im Rahmen einer ausländerrechtlichen Duldung im Inland aufhalten, haben keinen Anspruch auf Kindergeld. Urteil vom 15. März 2007 III R 93/03; Vorinstanz: FG Münster vom 17. November 2003 4 K 4828/02 Kg (EFG 2004, 273)
Die Frage, ob der Anspruch auf Kindergeld nach einem zwischenstaatlichen Abkommen davon abhängt, dass der Anspruchsberechtigte einen zum Bezug von Kindergeld nach § 62 Abs. 2 EStG berechtigenden Aufenthaltstitel besitzt, stellt sich im Streitfall aber nicht, weil der Kläger --anders als in dem vom EuGH entschiedenen Fall-- die Voraussetzungen des Abkommens (hier sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis bzw. Bezug von Kranken- oder Arbeitslosengeld) nicht erfüllt.
AufenthG § 60a, § 101, § 102/ AuslG 1990 § 56 Abs. 1 und 2/ EStG § 62 Abs. 2/ GG Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1
- LSG Berlin-Brandenburg; veröffentlicht am 14.09.2006; Aktenzeichen L 14 B 963/06 AS ER; **Anspruch Freizügigkeitsberechtigter auf ALG II bei Minijob**
- Pressemitteilung, Berlin, den 25.04.2007: **Das Oberverwaltungsgericht hat heute in drei Berufungsverfahren für das Recht der Visumserteilung bedeutsame Entscheidungen getroffen.**

Im Falle des Nachzugs eines minderjährigen ledigen Kindes eines Ausländers, das bei der Antragstellung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet, zum Zeitpunkt der Entscheidung diese Altersgrenze aber bereits überschritten hat, müssen sämtliche weiteren Nachzugsvoraussetzungen einschließlich der erforderlichen Sicherung des Lebensunterhalts sowohl bei der Vollendung des 16. Lebensjahres als auch zum Zeitpunkt der behördlichen bzw. gerichtlichen Entscheidung erfüllt sein. Soll in einem solchen Fall des Kindernachzugs der Nachzug zu einem im Bundesgebiet lebenden Elternteil erfolgen, ist die nach dem Aufenthaltsgesetz erforderliche alleinige Personensorge dieses Elternteils in analoger Anwendung von § 32 Abs. 3 AufenthG auch dann als gegeben anzusehen, wenn das maßgebliche Heimatrecht eine vollständige Übertragung des Sorgerechts auf einen Elternteil nicht vorsieht. Im Falle des Familiennachzuges kann der Ausländer, zu dem nachgezogen werden soll, den Lebensunterhalt für seine Familie einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes nur dann ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel im Sinne des Aufenthaltsgesetzes bestreiten, wenn ihm rechnerisch kein Anspruch auf die Gewährung von öffentlichen Leistungen zusteht, die nicht auf Beitragsleistungen beruhen. Das maßgebliche Einkommen wird anhand der einschlägigen Vorschriften des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches - SGB II - errechnet. Dabei sind alle in § 11 Abs. 2 SGB II genannten Freibeträge einschließlich des sogenannten Erwerbstätigenfreibetrages (§§ 11 Abs. 2 Nr. 5, 30 SGB II) zu berücksichtigen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtsfragen hat der 12. Senat in allen drei Verfahren die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen. Urteile vom 25. April 2007 - OVG 12 B 2.05, 19.06 und 16.07

OVG Sachsen-Anhalt; veröffentlicht am 09.05.2007; Aktenzeichen 2 O 68/07; **Anforderungen an die Ermessensentscheidung bei Auflage zur Wohnsitznahme in einer Gemeinschaftsunterkunft**

Georg Classen; veröffentlicht am 01.06.2007; **Neue Entscheidungen zum Flüchtlingssozialrecht (Ergänzung)**

Georg Classen; veröffentlicht am 01.06.2007; **Neue Entscheidungen zum Flüchtlingssozialrecht**

Bundesverfassungsgericht; veröffentlicht am 04.06.2007; Aktenzeichen 2 BvR 304/07; **Bundesverfassungsgericht zum Recht auf Privatleben aus Art 8 EMRK - grundsätzliche Bedeutung für das Ausweisungsrecht**

"VG Oldenburg"; veröffentlicht am 20.11.2006; Aktenzeichen 11 A 2234/05; **Einem aus Syrien stammenden Kurden, der nachgewiesen hat, kein Syrer zu sein, ist der Nachweis einer anderen Staatsangehörigkeit regelmäßig nicht möglich**

BverfG; veröffentlicht am 29.03.2007; Aktenzeichen 2 BvR 1977/06; **Effektiver Rechtsschutz - Allein aus dem Umstand, dass versucht wird, den Aufenthalt zu sichern, lässt sich offenkundig nicht herleiten, dass kein Interesse an verantwortungsvollem Umgang mit Kindern besteht**

BverfG; veröffentlicht am 16.05.2007; Aktenzeichen 2 BvR 2106/05; **Zweck der Abschiebungshaft ist einzig und allein die Sicherung der Abschiebung, sie dient nicht der präventiven Verhinderung weiterer illegaler Einreisen**

VG Stuttgart; veröffentlicht am 21.05.2007; Aktenzeichen 4 K 2563/07; **Qualifikationsrichtlinie kennt keine Differenzierung zw. allgemeiner und nicht allgemeiner Gefahr - Im Irak findet bewaffneter Konflikt statt, der zur Gewährung subsidiären Schutzes i.S.d. QualifikationsRiLi verpflichtet**

BverfG; veröffentlicht am 16.05.2007; Aktenzeichen 2 BvR 1782/04; **Grundsätzliche Ausführungen des BVerfG zu Anspruch auf Gewährung rechtlichen Gehörs im Asylverfahren - Darlegungslasten im Berufungszulassungsverfahren**

Innenministerkonferenz; veröffentlicht am 01.06.2007; **Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 01.07.2007 (u.a. zu Rückführungen Irak (S.12) und Tschetschenien (S.13))**

Brandenburg live

Quelle: www.opferperspektive.de

**05.05.2007
Zossen (TF)**

Drei dem linken Spektrum zugehörige Jugendliche, im Alter zwischen 15 und 17 Jahren, wurden aus einer Gruppe von 8 Personen heraus geschlagen und getreten. Die Betroffenen erlitten leichte Verletzungen und mussten ambulant behandelt werden. Die Täter werden dem rechten Spektrum zugeordnet. Die Polizei nahm zwei Tatverdächtige im Alter von 22 und 30 Jahren fest. Quelle: MAZ, 08.05.2007, OPP

**20.04.2007
Prenzlau (UM)**

Aus einer Gruppe von vier Rechten heraus wurde ein Mann südamerikanischer Herkunft beschimpft und angerempelt. Als der Angegriffene sich in ein Auto flüchten konnte, wendeten sich zwei der Angreifer einem Mann indischer Herkunft zu, der das Geschehen beobachtet hatte. Einer der Männer bezeichnete ihn als »Ausländer« und »Türke«, schlug ihm mehrfach ins Gesicht und trat ihn in den Bauch. Anschließend wurde der am Boden liegende Mann kräftig gegen den Kopf getreten, so dass er das Bewusstsein verlor. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen

den Haupttäter wegen versuchten Mordes. Quelle: dpa, 27.04.2007

- 20.04.2007**
Beeskow (LOS) Zwei dem linken Spektrum zuzuordnende Jugendliche wurden aus einer Gruppe rechter Jugendlicher heraus angegriffen und geschlagen. Als kurz darauf eine weitere Gruppe alternativer Jugendlicher zum Bahnhof kam, wurden diese ebenfalls geschlagen und getreten. Augenzeugen berichteten, dass sich am selben Abend mehrere Gruppen Rechter in der Stadt getroffen hätten. Quelle: OPP
- 17.04.2007**
Cottbus (CB) Eine Gruppe Rechter suchte einen jungen Punk im Puschkinpark auf, der bereits am 07.03.2007 angegriffen worden war. Sie umringten ihn und warfen ihm vor, Anzeige gestellt zu haben. Einer drohte: »Ich merke mir jetzt dein Gesicht und wenn ich dich bei Dunkelheit treffe, schlage ich dich tot.« Quelle: OPP
- 05.04.2007**
Potsdam (Pdm) Ein augenscheinlich der rechten Szene angehörender Mann schlug, bei einer Party im Waschhaus Potsdam, einen 21-jährigen Potsdamer ins Gesicht. Als dieser zu Boden ging, folgten weitere gezielte Schläge ins Gesicht. Der Betroffene musste sich u.a. wegen einem offenen Nasenbeinbruch in stationäre Behandlung begeben. Er hatte den Täter auf sein T-Shirt angesprochen, welches mit rechtsextremen Parolen und Symbolen bedruckt war. **Quelle: ak antifa Potsdam, 09.04.2007; PNN, 07.04.2007**
- 31.03.2007**
Prenzlau (UM) Ein aus Kamerun stammender 22-jähriger Flüchtling wurde vor einem Supermarkt von zwei Männern als „Neger“ beschimpft und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Quelle: ddp, 07.04.2007
- 31.03.2007**
Hennigsdorf (OHV) Ein 56-jähriger Mann aus Burundi wurde am Samstag auf dem Bahnhofsvorplatz in Hennigsdorf bewusstlos aufgefunden. Die Polizei brachte ihn ins Krankenhaus, wo ein Schädelbruch diagnostiziert wurde. Der schwer verletzte Mann, der in Berlin lebt, gab an, in der S-Bahn zwischen Berlin und Hennigsdorf von vier bis fünf Personen angepöbelt und getreten worden zu sein. **Quelle: BZ, 03.04.2007**
- 30.03.2007**
Borgsdorf (OHV) Am späten Abend wurde eine 20-köpfige Gruppe alternativer Jugendlicher am Hubertussee von bekannten Rechten mit den Worten »Ihr Drecksunks, verpisst euch!« angepöbelt. Einer der Täter schoss mit eine Schreckschusspistole zunächst mehrfach in die Luft und feuerte dann gezielt auf eine Person, die unverletzt blieb. **Quelle: Internetwache, 02.04.2007, OPP**
- 25.03.2007**
Gorgast (MOL) Am frühen Sonntag morgen überfielen etwa 20 Personen, die augenscheinlich der rechten Szene zuzuordnen waren, eine Geburtstagsparty von vier Jugendlichen. Dabei rissen sie eine massive Holztür mitsamt Rahmen aus der Wand und warfen mit Flaschen. Mindestens zwei der Jugendlichen wurden verletzt, einer trug Rippenbrüche davon. Als die Polizei eintraf, hatten die Angreifer das Gelände schon verlassen. **Quelle: MOZ, 29.03.2007**
- 23.03.2007**
Neuruppin (OPR) Eine achtköpfige Gruppe dem Augenschein nach Rechtsextremer, unter ihnen eine Frau, versammelten sich am späten Nachmittag gegenüber eines alternativen Wohnprojektes. Auf seinem Nachhauseweg wurde ein Hausbewohner von zwei Männern aus dieser Gruppe auf den Kopf geschlagen. Eine Person, die ihm aus dem Haus zu Hilfe kam, wurde gewürgt. Die Täter versuchten anschließend die Haustür einzutreten und zeigten den Hitlergruß. **Quelle: Infortiot, 23.03.2007**
- 23.03.2007**
Neuruppin (OPR) Gegen 19.00 Uhr versammelten sich drei Männer an einem Dönerladen, von denen einer gegen einen Tisch trat. Als der aus der Türkei stammende Imbissbesitzer die Männer zur Rede stellte, sagte ihm einer der Männer: »Ich bin Deutscher, ich mache, was ich will«. Bei der Auseinandersetzung wurde der Wirt mit einem Messer an der Stirn verletzt. **Quelle: MAZ, 24.03.2007**

Pro Asyl Infoservice Nr. 123, April 2007

Der ausführliche Newsletter ist einzusehen unter www.proasyl.de

- Allgemeine Meldungen
- PRO ASYL fordert: Deutsche Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention zurücknehmen!

- Geduldete Flüchtlingskinder häufiger psychisch krank
- Berliner Flüchtlingsrat: "Katastrophale Bilanz beim Bleiberecht"
- Committtee for the Prevention of Torture (CPT) des Europarates kritisiert Haftbedingungen in Abschiebungshaftanstalten
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: "Inhaftierung und Abschiebung von traumatisierten Gewaltopfern absolut inakzeptabel"
- 7. Fachtagung gegen Abschiebungshaft in Paderborn
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Humanitäre Standards bei Rückführungen achten"
- Neuer Abschiebungsbeobachter auf dem Flughafen Düsseldorf
- Bundessozialgericht: Urteil zur Weigerung der freiwilligen Ausreise als rechtsmissbräuchliche Selbstbeeinflussung der Aufenthaltsdauer
- Prozess um den Feuertod des Asylsuchenden Oury Jalloh - Hauptzeugin relativiert frühere Aussagen gegen Exvorgesetzten
- Niedersachsen: Bestandsaufnahme des SAGA-Projektes (Selbsthilfe, Arbeitsmarktzugang und Gesundheit von Asylsuchenden) erschienen
- Neuerscheinung: Menschenrechte in Zeiten des Terrors
- Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege veröffentlicht Arbeitshilfe für Härtefalleingaben
- Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble: Kein Problem mit problematischen Gesprächspartnern ...

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

Anmerkungen von UNHCR zu diplomatischen Zusicherungen und Internationalen Flüchtlingsschutz

- Nordirak
- Iran
- Kosovo
- Somalia
- Türkei

Europameldungen

Europa befindet sich offenbar im Krieg - gegen die illegale Migration

Asylmagazin Nummer 5/2007 mit Beilage zum Thema "Europäische Migrations- und Asylpolitik"

- Österreich
- Spanien

Pro Asyl Infoservice Nr. 122, März 2007
--

- Allgemeine Meldungen
- Meldungen zur Bleiberechtsregelung
- Offener Brief zum Integrationsdiskurs veröffentlicht
- Verbindung von illegalem Aufenthalt und Visumsmissbrauch ist statistisch nicht erfasst
- 2006 gab es 13.060 Abschiebungen auf dem Luftweg in Deutschland
- FDP fordert Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur Kinderrechtskonvention
- PRO ASYL kritisiert Qualität der Asylverfahren
- 13. Senat des OVG NRW zu Sachverständigengutachten
- "BAMF-Mitarbeiter spielt UNO"

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

- UNHCR hat die Asylstatistik 2006 veröffentlicht
- amnesty international: UN-Sonderberichterstatteur nicht der Kontrolle von Regierungen unterwerfen!
- Hamburg setzt Abschiebungen von Familien nach Afghanistan aus
- Äthiopien
- China
- Eritrea
- Irak
- Kosovo
- Rumänien
- Sri Lanka
- Türkei
- Usbekistan

Europameldungen

- 2 Beschlüsse zu Dublinverfahren

- VDJ fordert rechtsstaatliche Verfahren für Organisationen, die auf eine sogenannte Terrorliste gekommen sind
- "Europa - hart an der Grenze" erschienen
- Teilweise Verlagerung der Fluchtrouten in die Ägäis
- Picum-Newsletter erschienen
- Großbritannien
- Österreich
- Schweiz

Pro Asyl Infoservice Nr. 121, Februar 2007

- Allgemeine Meldungen
- Meldungen zur Bleiberechtsregelung
- Wieder Sammelrückführung mit internationaler Beteiligung unter deutscher Federführung
- PRO ASYL gegen die geplante Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes
- Hamburger Einwohner-Zentralamt hat Jahresbilanz 2006 vorgelegt
- Große Anfrage zur Praxis des Umgangs mit minderjährigen Flüchtlingen
- Anträge zum Thema "Genitalverstümmelung" im Bundestag
- Informationsextrablatt zur Neuregelung der Familienleistungen für Ausländer erschienen
- BAMF stellt Formblatt "Vollmacht für die Erteilung von Auskünften im Asylverfahren" zur Verfügung
- Landesrechnungshofes Baden-Württemberg übt sich in rechtspopulistischer Propaganda
- Positive Bilanz für den Rechtshilfefonds für Abschiebungshäftlinge in Berlin und Brandenburg
- Kleine Anfrage zur Situation im Flüchtlingslager Blankenburg beantwortet
- One-Stop-Government in Berlin in besonders nobler Atmosphäre
- Zwei Polizeibeamte im Fall des zu Tode gekommenen Asylbewerbers Oury Jalloh vor Gericht
- "Anmerkungen des UNHCR zur diplomatischen Zusicherung und internationalem Flüchtlingsschutz" erschienen
- Antirassistische Initiative Berlin hat die 14. Auflage der Dokumentation "Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen" veröffentlicht
- Nr. 51 der Zeitschrift Widerspruch beschäftigt sich mit dem Thema "Migration, Integration und Menschenrechte"
- VG Düsseldorf zu Schwulenverfolgung im "islamischen Kulturkreis"
- Bayerns Innenminister Günther Beckstein zeigt Flagge

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

- Friends of the Earth: Bis zu 150 Millionen "Klimaflüchtlinge"
- Das afghanische Parlament hat ein Amnestiegesetz verabschiedet
- Äthiopische Regierung geht hart gegen ihre Kritiker vor
- Kleine Anfrage "Keine Abschiebungen in den Irak?" beantwortet
- Situation von christlichen Flüchtlingen aus dem Irak in Syrien verschlechtert sich
- Das Europäische Parlament hat eine Resolution zum Irak angenommen
- Letzte deutsche Hilfsorganisation hat ihre Projekte im Irak eingestellt
- Situation in Sri Lanka verschlechtert sich
- Katastrophale Zustände in US-Haftzentren

Europameldungen

- Jobcenter für legale Arbeitsimmigranten aus Afrika in Mali
- EU-Grundrechteagentur kann ihre Tätigkeit aufnehmen
- Frankreich
- Polen
- Schweiz